

Ein Informationsservice der deutschen Braunkohle

DEBRIV
Bundesverband Braunkohle

DEBRIV-BRAUNKOHLENTAG 2016

Die Kritik an der Braunkohle muss gewaltfrei bleiben



1 Beschäftigte der deutschen Braunkohlenindustrie auf dem Braunkohlentag 2016 in Potsdam

Die deutsche Braunkohlenindustrie arbeitet in enger Kooperation mit Politik, Wissenschaft und Gewerkschaften daran, die Rahmenbedingungen so zu klären, dass die heimische Braunkohle in den angestrebten Umbau der deutschen Stromversorgung integriert bleibt, erklärte der

Vorsitzende des Vorstandes des Deutschen Braunkohlen-Industrie-Vereins (DEBRIV), Matthias Hartung, auf dem diesjährigen Braunkohlentag in Potsdam. Die Braunkohle ist, so Hartung, in den Revierländern Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg sozial und politisch sehr gut verankert. Die Braunkohle werde als Arbeitgeber geschätzt und als Wirtschaftsfaktor anerkannt. Hartung ermahnte den Bund wie auch die EU, die durch die Energie- und Strukturpolitik der Länder geprägten Entwicklungen zu respektieren und bei allen Entscheidungen zu berücksichtigen. Die Diskussion um die Braunkohle werde immer weniger durch Fakten oder Sachorientierung und immer stärker durch hochaggressive Gruppen und Störer geprägt. Hartung kritisierte zudem „eine Flut von pseudo-wissenschaftlichen Kohlenausstiegsplänen.“

Die Transformation des deutschen Stromsystems ist nach Ansicht der deutschen Braunkohlenindustrie ein langfristiger, über mehrere Jahrzehnte angelegter Prozess. Infolge des Kernenergieausstiegs und trotz des weiteren Ausbaus der



2 Matthias Hartung - Vorstandsvorsitzender des DEBRIV

Braunkohlentag 2016
Dokumentation

erneuerbaren Energien werden im Jahre 2025 etwa 55 bis 60 Prozent und 2035 noch 40 bis 45 Prozent des Strombedarfs aus anderen Energiequellen gedeckt werden müssen. Für die Schließung dieser Stromlücke sind Kraftwerkskapazitäten auf der Grundlage von Braun- und Steinkohle sowie Erdgas ebenso unverzichtbar wie für den Ausgleich witterungs- und tageszeitlich bedingter Produktionsschwankungen der Wind- und Photovoltaik-Anlagen. Damit liegen Versorgungssicherheit und Netzstabilität noch für eine lange Frist in den Händen des konventionellen Kraftwerksparks. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Beitrag der Braunkohle bis 2025 im Zuge der beschlossenen Sicherheitsbereitschaft um etwa 15 Prozent sinken und bei etwa 140 Terawattstunden pro Jahr liegen wird. Diese Absenkung wird der deutschen CO₂-Bilanz zu Gute kommen. Ausgehend vom Jahr 1990 hat die deutsche Braunkohle ihre CO₂-Emissionen insgesamt um gut 50 Prozent vermindert und damit einen der größten Einzelbeiträge geleistet.

Der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende widmete sich in seiner Ansprache auf dem Braunkohlentag auch den zunehmend gewaltbereiten Kohlegegnern. Hartung stellte die Frage: „Warum ist die politische Lage rund um die Braunkohle und die gesellschaftliche Diskussion über unseren Industriezweig so strittig und wird mit einer so stark zunehmenden Aggression verknüpft?“ Nach Einschätzung des DEBRIV-Vorstandsvorsitzenden bietet die Kohle eine neue Aktionsplattform für Menschen, die nach dem beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland auf der Suche nach neuen Polarisierungs- und Feindbildern sind. Zunächst wurde dieses neue Feindbild verbalisiert durch Formulierungen wie „Tod aus dem Schlot“, „Klimakiller“ oder „Verwüstung durch Tagebau“. Mit der jetzt eingetretenen Gewalt-Eskalation in den Revieren werde der Dialog bewusst abgeblockt. Hartung forderte ein Ende der Eskalationsspirale, die Tolerierung unterschiedlicher Meinungen und Lösungsansätze sowie ein sofortiges Ende von Rechtsbruch und Gewalt.

BRANDENBURG

Landesregierung steht zur Braunkohle

Die Braunkohle wird im kernenergiefreien Energiemix Deutschlands stärker gebraucht als jemals zuvor, erklärte der Ministerpräsident von Brandenburg, Dietmar Woidke, auf dem diesjährigen Braunkohlentag in Potsdam. Es sei falsch und unsinnig zu behaupten, die Produktion von Braunkohlenstrom blockiere die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien in die Netze und verzögere damit

den Umbau des Stromsystem in Deutschland zugunsten der erneuerbaren Energien. Braunkohle sichere vielmehr die Versorgung und werde dies noch für mehrere Jahrzehnte tun müssen, weil zu den Leistungen der Erneuerbaren die Versorgungssicherheit nicht gehöre. Es sei derzeit nicht absehbar, wann die erneuerbaren in Summe zu den versorgungssicheren Stromerzeugungstechniken zählen werden, derzeit ist der Versorgungsbeitrag der Erneuerbaren jedoch noch „unzuverlässig“, sagte Woidke. Ohne die Braunkohle müsste Versorgungssicherheit über Atom- oder Kohlenstrom aus den Nachbarländern importiert werden, erklärte der brandenburgische Ministerpräsident.

Woidke begrüßte auf dem diesjährigen Braunkohlentag in Potsdam die Energetický a prmyslový holding a.s. (EPH) und Tomáš David, Vorstandsmitglied der EP Energy, als neuen Erwerber aller Braunkohlenaktivitäten in der Lausitz. Der EPH-Konzern werde mit den Erfahrungen aus dem mitteldeutschen Revier für die Lausitz ein verlässlicher Partner sein. Für die Beschäftigten sei es ein positives Zeichen, dass es zu vereinbarten Tarifbestimmungen für mindestens fünf Jahre eine Beschäftigungsgarantie gebe. Woidke hofft, dass sich die regionale Wertschöpfung wie bisher auf einem hohen Niveau weiter entwickelt. Aktuell, so Woidke weiter, sei es Zeit, den Kohlegegnern ihre Grenzen aufzuzeigen. Die brandenburgische Landesregierung werde nicht hinnehmen, dass „Diskussion durch Gewalt ersetzt werde“. Die jüngsten Aktivitäten in der Lausitz seien „von Menschen aus ganz Europa getragen worden, die mit der Zukunft der Region wenig zu tun haben“. In der Region haben die jüngsten Protestaktionen die Akzeptanz der Kohlegegner „weiter abgesenkt“, meinte der Ministerpräsident. Politisch, so Woidke, habe jetzt die vernünftige Fortschreibung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) Priorität. Bei den Erörterungen im Bundeskanzleramt bemühe sich das Land Brandenburg um Planungssicherheit für alle im Energiemix der Zukunft benö-



3

Dr. Dietmar Woidke - Ministerpräsident
des Landes Brandenburg

tigten Energieträger, auch für die konventionellen. Um die Energieeffizienz zu steigern und den CO₂-Ausstoß weiter zu vermindern, müssen sich auch für die Braunkohle Investitionen in Zukunftstechnologien lohnen. Woidke wies daraufhin, dass in den Ausbau der erneuerbaren Energien in den kommenden 20 Jahren durch bestehende gesetzliche Regelungen rund 480 Milliarden Euro fließen werden. Damit liege die Belastung für eine dreiköpfige Familie bei rund 18.000 Euro, ohne Rücksicht auf die jeweilige wirtschaftliche Leistungskraft. Woidke plädierte für eine „offene und ehrliche“ Energiediskussion, sowohl über die künftige Förderung der erneuerbaren Energien wie auch über die Notwendigkeit der Nutzung konventioneller heimischer Energieträger wie der Braunkohle. Der Beschluss, knapp 3 Gigawatt Braunkohlen-Kraftwerkskapazität ab 2017 in eine Sicherheitsreserve zu überführen, sei zwar besser als eine unmittelbar wirkende, ruinöse Strafabgabe, aber die Abschaltung von zwei Kraftwerksblöcken in der Lausitz sei „schmerzhaft“ und mit dem Land Brandenburg werde es keine weiteren Belastungen des wichtigsten heimischen Energieträgers mehr geben. Woidke plädierte dafür, die Nutzung der Braunkohle wieder stärker industriepolitisch zu betrachten. Zur Wettbewerbsfähigkeit einer Industriegesellschaft gehöre auch eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung.



4

Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke (rechts) mit Dr.-Ing. Hartmuth Zeiß, Vattenfall Cottbus

STROMMARKT

Nationale Klimapolitik bleibt im europäischen Markt ohne Wirkung



5

Dr. Dietmar Lindenberger, EWI Köln

Nationale Eingriffe in den europäischen Strommarkt haben infolge des europäischen Stromerzeugungswettbewerbs und des Emissionshandelssystems europaweit keine CO₂-Vermeidung zur Folge. Durch eine klimapolitisch motivierte, regionale Beschränkung der Kohlenverstromung werden zwar regionale Emissionen vermieden, so Dr. Dietmar Lindenberger vom Energiewirtschaftlichen Institut an der Universität zu Köln (EWI) auf dem diesjährigen Braunkohlentag, die notwendige Konsequenz sei aber eine Verlagerung

von Teilen der Stromerzeugung und der damit verbundenen Emissionen ins benachbarte Ausland. Ein nationales CO₂-Vermeidungsziel führt im Wesentlichen dazu, dass in Deutschland weniger Strom aus Steinkohle, Braunkohle und Gas erzeugt und hauptsächlich durch Stromimporte aus dem Ausland ersetzt wird. Diese stammen vorrangig aus einer erhöhten Auslastung von Steinkohle- und Gaskraftwerken in Polen, Tschechien, Belgien, den Niederlanden und Dänemark. Unterm Strich hat ein nationaler klimapolitischer Eingriff in den Strombinnenmarkt keine europäische Klimawirkung zur Folge, ist aber mit zusätzlichen Kosten verbunden, die von Erzeugern und Stromverbrauchern zu tragen sind. Eine kosteneffiziente und wirksame Klimapolitik im Stromsektor erfordert nach Ansicht Lindenbergers die Stärkung des europäischen Emissionshandelssystems. Lindenberger plädierte für einen diskriminierungsfreien Wettbewerb als „vernünftigen Suchmechanismus“ im Strommarkt. Die Realität weiche davon aber ab. Die aktuelle deutsche Politik sei weder technologieneutral noch europäisch, deshalb vielfach übersteuert und klimapolitisch wirkungslos. Eine Belastung und Beschränkung deutscher Kohlenkraftwerke führe zu keiner Emissionsreduzierung, sondern nur zu Verlagerungsprozessen, die Wettbewerber aus dem Ausland begünstigen. Energie- und klimapolitische Ziele müssen nach Ansicht des Kölner Wissenschaftlers ökonomisch effizient erreicht werden. Dies umso mehr als die Bedeutung einer sicheren und preisgünstigen Versorgung mit Energie in vielen Volkswirtschaften derzeit in fahrlässiger Weise unterschätzt werde.

Informationen und Meinungen





6

Seite 4 oben:
**Beschäftigte aus den Revieren demonstrieren
für die Braunkohle**

Seite 4 Mitte links:
Matthias Hartung und Ministerpräsident Dietmar Woidke

Seite 4 unten:
Ministerpräsident Dietmar Woidke im Nicolaisaal

Seite 5 oben links:
DEBRIV-Hauptgeschäftsführer Dr. George Milojcic

Seite 5 oben rechts:
ZDF-Studiodirektor Alexander v. Sobeck

Seite 5 Mitte:
**Teilnehmer des Braunkohlentages 2016
im Potsdamer Nicolaisaal**

Seite 5 unten:
Dr. Ralf Bartels (IGBCE) und Staatssekretär Hendrik Fischer

RHEINLAND

Neue Leitentscheidung zur Zukunft des rheinischen Reviers

Die wirtschaftlich gewinnbaren Braunkohlevorräte im Rheinland betragen etwa 35 Milliarden Tonnen. Die genehmigten und erschlossenen Vorräte der Tagebaue Inden, Hambach und Garzweiler in Höhe von rund 2,9 Milliarden Tonnen stellen eine langfristig verfügbare Basis für eine sichere und preiswerte Energieversorgung bis zur Mitte des Jahrhunderts dar. Im Frühjahr 2014 hat das Land Nordrhein-Westfalen allerdings entschieden, auf den vierten Umsiedlungsabschnitt im Vorfeld des Tagebaus Garzweiler zu verzichten. Damit wird das Abbaufeld verkleinert und ge-



7

Dipl.-Ing. Michael Eyll-Vetter,
RWE Power AG

nehmigte Lagerstätteninhalte können nicht mehr vollständig gewonnen werden, erläuterte Dipl.-Ing. Michael Eyll-Vetter von der RWE Power AG auf dem diesjährigen Braunkohletag in Potsdam. Die Entwicklung des Tagebaus Garzweiler verlief im vergangenen Jahrzehnt zunächst planmäßig: Im Jahr 2006 entwickelte sich der Tagebau ins Abbaufeld Garzweiler II hinein. Daneben wurden weitere Großprojekte umgesetzt oder begonnen, so die Verlegung der Autobahn A 44, deren Neubau auf einem vorgezogen fertiggestellten Rekultivierungsbereich aktuell erfolgt. Die Umsiedlung des zweiten Umsiedlungsabschnittes mit vier Ortschaften ist inzwischen nahezu abgeschlossen. An diese Umsiedlung schließt sich nahtlos die Umsiedlung von fünf weiteren Ortschaften im nördlichen Bereich des Tagebaus Garzweiler an, mit der der Weg für die Kohलगewinnung und -nutzung bis 2030 freigemacht wird. Auch für diese Umsiedlung musste die energiepolitische und energiewirtschaftliche Erforderlichkeit der Braunkohलगewinnung und ihre Nutzung nachgewiesen werden. Die Landesregierung bestätigte diese im März 2014 und erfüllte damit eine wichtige Genehmigungsvoraussetzung für den Braunkohleplan, der die Umsiedlung regelt. Zugleich kündigte die Landesregierung an, eine neue Leitentscheidung für die Zeit nach 2030 erarbeiten zu wollen. Überraschend war hierbei die frühe Festlegung des politischen Ziels, auf

die Umsiedlung der Ortschaft Holzweiler, der Siedlung Dackweiler und des Hauerhofs verzichten zu wollen. Im Herbst 2014 fand die Auftaktveranstaltung zur Erarbeitung einer neuen Leitentscheidung zur weiteren Entwicklung des Tagebaus Garzweiler für den Zeitraum nach 2030 mit etwa 250 Mandatsträgern des rheinischen Reviers, Vertretern der zuständigen Behörden, Bürgervertretern, Gewerkschaften sowie RWE Power statt, in der die Staatskanzlei auch den weiteren Erarbeitungsprozess vorstellte. Im Frühjahr 2015 folgte die Durchführung von drei Expertengesprächen. In diesen Gesprächen, die unter Beteiligung von Fachbehörden, Ministeriumsvertretern, Interessensverbänden, Vertretern der Region, der Bürger aus Holzweiler und RWE Power stattfanden, wurden die Themen „Energie“, „Geologie und Restsee“ sowie „Kommunale Planungen und Fachplanungen“ diskutiert. Die Ergebnisse aus diesem fachlichen Austausch sind in den Entwurf der Leitentscheidung der Staatskanzlei, der im September 2015 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, eingeflossen. Neben dem Text der Leitentscheidung hat die Staatskanzlei außerdem eine Auswertung wesentlicher Studien, die sich mit der Entwicklung der langfristigen Energieversorgung in Deutschland und Nordrhein-Westfalen beschäftigen, vorgenommen und deren Ergebnisse in einer sogenannten Metastudie zusammengefasst. Im Anschluss an die Vorstellung des Entwurfs der Leitentscheidung fand ein Online-Konsultationsverfahren statt, in dem sowohl offizielle Stellen wie auch Privatpersonen Kommentare und Stellungnahmen zum Text der Leitentscheidung einbringen konnten. Insgesamt wurden 119 Stellungnahmen und rund 1.400 Kommentare sowie 17.000 Bewertungen zum Entwurf der Leitentscheidung abgegeben. Während seitens RWE Power begrüßt wurde, dass in dem Entwurf sowohl die energie-wirtschaftliche Notwendigkeit des Tagebaus Garzweiler für die Zeit nach 2030 wie auch die Abbaugrenzen der Tagebaue Inden und Hambach in unveränderter Form ausdrücklich bestätigt werden, gibt es aber auch wesentliche Kritikpunkte, die eine ordnungsgemäße Tagebauentwicklung und nachfolgend eine ordnungsgemäße und nachhaltige Rekultivierung erheblich gefährden. Die spätere bergtechnisch machbare Umsetzung der Festlegungen der Leitentscheidung ist für eine rechtssichere Planung außerordentlich wichtig. Insofern setzt sich RWE Power dafür ein, dass Forderungen, wie beispielsweise eine Vergrößerung des Abstandes zwischen dem zukünftigen Tagebaurandort Holzweiler und der Abbaukante des Tagebaus das im rheinischen Revier übliche Maß nicht überschreitet. Oder dass der Wunsch nach Erhalt einer Landstraße, die ohne Verlust ihrer Funktion an eine andere Stelle verlegt werden könnte, nicht zu einem weiteren bedeutenden Lagerstättenverlust führt. Das Ergebnis ist offen. Die Leitentscheidung soll Mitte 2016 fertig gestellt werden. Es folgen die notwendigen Änderungsverfahren für den genehmigten Braunkohleplan und den zugelassenen Rahmenbetriebsplan.

LAUSITZ

Vom Tagebau Cottbus-Nord zum Cottbuser Ostsee

Der Tagebau Cottbus-Nord im Lausitzer Braunkohlenrevier hat Ende 2015 planmäßig die Förderung von Rohbraunkohle bei vollständiger Gewinnung der genehmigten Vorräte beendet. Somit umfasst das Lausitzer Braunkohlenrevier in den Bundesländern Brandenburg und Sachsen nur noch vier aktive Tagebaue: Reichwalde, Nochten, Welzow-Süd und Jänschwalde. Versorgt werden die Kraftwerke Boxberg, Schwarze Pumpe, Jänschwalde und die Veredlung mit mehr als 60 Mio. t Rohbraunkohle pro Jahr, berichtete Dipl.-Ing. Birgit Schroeckh von Vattenfall Europe Mining AG in Cottbus auf dem Braunkohletag 2016 in Potsdam. Von der Größe und der Leistungsfähigkeit war Cottbus-Nord der kleinste Braunkohletagebau im Lausitzer Revier, jedoch durch das günstige Abraum-zu-Kohle-Verhältnis, die Geräteausstattung sowie die Nähe zum Kraftwerk besonders kostengünstig. Der Tagebau befindet sich nordöstlich der Stadt Cottbus. Von 1981 bis 2015 wurde die Kohle auf rund 2.700 Hektar (ha) Abbaufäche gewonnen. Das Kohlenflöz mit Mächtigkeiten von 8 bis 11 Meter war durch 32 bis 45 Meter Abraum überlagert. Rund 930 Mio. m³ Abraum wurden bewegt und 220 Mio. t Rohbraunkohle gewonnen. Der Tagebau Cottbus-Nord durchläuft nun den Wechsel vom aktiven Tagebau zur Bergbaufolgelandschaft. Landesplanerische Entscheidungen für den Tagebau gaben schon frühzeitig Planungssicherheit und ermöglichten einen effektiven Planungsvorlauf für die Herstellung der Bergbaufolgelandschaft. Bekanntheit erlangte der Tagebau durch die erfolgreiche Kompensation

eines FFH-Gebietes. Im Rahmen eines wasserrechtlichen Planfeststellungsverfahrens wurde im Einvernehmen mit den Umweltbehörden ein Kompensationskonzept für die Beseitigung der Lakomaer Teiche sowie Teilen eines Fließgewässers der Europäischen Kommission vorgelegt. Dort wurde das Konzept geprüft und bestätigt. Für 306 ha FFH-Gebiet im Vorfeld des Tagebaues umfasste das Kompensationskonzept die Renaturierung eines 11 km langen, nördlich der Stadt Cottbus gelegenen Abschnittes der Spree auf 530 ha Fläche. Die Umwandlung in eine vitale Auenlandschaft, das Anlegen von Teichen, Deichrückverlegungen sowie die Umsiedlung von Amphibien in großer Zahl wurden erfolgreich durchgeführt. In den nächsten Jahren ist die Herstellung eines 1.900 ha großen Sees - des Cottbuser Ostsees - geplant. Dazu sind bergmännische Arbeiten zur Herstellung der nachbergbaulichen Sicherheit im Zeitraum von 2016 bis 2018 durchzuführen. Ein schneller Rückbau und die zügigen Sicherungsmaßnahmen sind in einer verhältnismäßig kurzen Realisierungszeit geplant und kalkuliert. Der kurze Zeitraum ist wichtig, um zügig die Flutung mit Spreewasser beginnen zu können. Mit erheblichen Massenbewegungen von ca. 20 Mio. m³ wird für die erforderliche Seetiefe und die Verfüllung der vormaligen Kohlenbahnausfahrt gesorgt. Zur Sicherung der gekippten Böschungen am Rand der ehemaligen Absetzer-Schüttung und den zukünftigen Inselbereichen sind 46 Mio. m³ mittels Rütteldruckverdichtung zu sichern. Mit den bergmännischen Arbeiten ist auch die Startposition für die Folgenutzung gegeben. Die Region und das Bergbauunternehmen haben in mehreren Stufen einen Masterplan entwickelt, der Visionen und Ideen bündelt, die nun in kommunale Konzepte münden.

8 Dipl.-Ing. Birgit Schroeckh,
Vattenfall Europe Mining



PODIUMSDISKUSSION

Die Risiken steigen weiter



9

Podiumsdiskussion mit Alexander von Sobeck (ZDF), Ralf Bartels (IGBCE), Hendrik Fischer (Wirtschaftsministerium Brandenburg) Dietmar Lindenberger (EWI), Matthias Hartung (DEBRIV) und Wieland Kramer (Moderation) - von links.

Die den Braunkohletag 2016 abschließende Podiumsdiskussion mit Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Gewerkschaften erörterte die Themen Sicherheit und Gewalt. Der langjährige Nahost-Experte des ZDF, Alexander von Sobeck, beschrieb das Bild einer „blutigen Sichel“, die sich vom südlichen und östlichen Mittelmeer über den Nahen und Mittleren Osten bis in den Kaukasus erstreckt: Ihr Kennzeichen sei der Export von Gewalt und Unsicherheit und die Förderung der Migration. Aber auch Russland, das derzeit seinen Einfluss auf den europäischen Energiemärkten bedroht sieht, müsse weiter im Auge behalten werden. In Westeuropa polarisiere nicht nur die Nutzung der Kernenergie und die Globalisierungskritik, sondern jetzt auch die Nutzung der Kohle die Gesellschaften. Dr. Ralf Bartels von der IG Bergbau Chemie Energie (IGBCE) bemängelte die geringe Sensibilität von Gesellschaft und Politik in Deutschland gegenüber den steigenden geopolitischen Risiken. In der aktuellen Kohlenausstiegsgespräch thematisiere niemand Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit, sondern nur den Klimaaspekt. Es fehle eine politische Kraft, die alle drei Aspekte zusammenführt und bewertet. Anstelle des gemeinsamen Rahmens für die Energiepolitik herrsche ein „Wettbewerb um Ausstiegsszenarien“. Der brandenburgische Wirtschaftsstaatssekretär Hendrik Fischer erklärte, die Revierländer seien derzeit die Stimme der Vernunft in der Energiedebatte. In Brandenburg mit einem hohen Anteil erneuerbarer wie konventioneller Energien „kristallisieren sich die Probleme aber auch die Lösungsansätze“, sagte Fischer. Dr. Dietmar Lindenberger (EWI) plädierte dafür, die drei Dimensionen Wirtschaftlichkeit, Sicherheit und Klima wieder gleichrangig zu behandeln. Erforderlich sei ein wirtschaftlich vernünftiger Klimaschutz mit geeigneten Instrumenten. Weder in der Stromerzeugung noch beim Klimaschutz dürfen vernünftige Optionen diskriminiert werden. Er forderte einen offenen und technologieutralen Wettbewerb um „clevere Lösungen“. Für den DEBRIV-Vorstandsvorsitzenden Matthias Hartung ist es wichtig, dass die energiepolitische Vernunft nicht aufgegeben wird. Er beobachte, dass die Sensibilität für

den Erhalt des Wirtschaftsstandortes Deutschland zunimmt. Im Dreieck von Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz lassen sich, so Hartung, Lösungen finden. Allerdings berücksichtige die Diskussion über das neue Strommarktdesign echte Versorgungssicherheit nur am Rande. Hartung befürchtet ein Marktversagen, wenn nicht alle energie- und umweltpolitischen Aufgaben gleichrangig berücksichtigt werden. Dietmar Lindenberger verwies darauf, dass die europäische Klimapolitik und speziell das Emissionshandelssystem weder die Entwicklung der Weltkonjunktur noch die veränderte Sicherheitslage berücksichtigen können und plädierte für eine Fortentwicklung des Handelssystems unter den veränderten Rahmenbedingungen. Die deutsche Energie- und Klimapolitik werde, so Alexander von Sobeck, derzeit aus dem Ausland sehr unterschiedlich betrachtet. Einige Länder, wie Italien, kritisieren den Verzicht auf Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit. Andere, wie Frankreich, sehen in der Energiewende auch die Chance für Innovationen und Wettbewerbsvorteile. Es sei Aufgabe der Politik, zusammen mit der Energiewirtschaft Deutschland auch in Zukunft attraktiv für Grundstoffindustrien zu halten, meinte Ralf Bartels. Die Zukunft von Chemie, Aluminium, Glas, Papier und Keramik hänge von wettbewerbsfähigen Energiepreisen ab. Die Gewerkschaften plädieren deshalb nicht nur für Klimaziele, sondern auch für höhere Nettoinvestitionsquoten in der Industrie. Dietmar Lindenberger konstatierte ein Defizit der Wissenschaft: Die zentrale Rolle von Energie für Wohlstand und Entwicklung werde in der ökonomischen Theorie vernachlässigt. Die Bedeutung der Wertschöpfungsketten und die Basisfunktion der energieintensiven Grundstoffindustrie müsse stärkere Beachtung finden. Genaue Sektoranalysen könnten die Risiken von Carbon und Energy Leakage aufarbeiten und verdeutlichen. Matthias Hartung plädierte dafür, dass sich alle verantwortungsbewussten Stakeholder der zunehmend gewaltbereiten Fundamentalkritik gegen Industrie und Energiewirtschaft entgegenstellen müssen. Die Energie- und Klimadiskussion müsse offen und nicht mehr auf bestimmte Ziele konditioniert geführt werden.

8

IMPRESSUM: Herausgeber: DEBRIV - Bundesverband Braunkohle - Öffentlichkeitsarbeit - Dipl.-Volkswirt Uwe Maaßen Postfach 40 02 52 50832 Köln • Tel: 0 22 34 / 18 64 0 • Fax: 0 22 34 / 18 64 18 • E-Mail: uwe.maassen@braunkohle.de
Internet: www.braunkohle.de • Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20.05.2015 • Druckauflage: 3.500 Exemplare